



NACHGEFRAGT: WIE REAGIEREN ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN AUF GESELLSCHAFTLICHE MEGATRENDS?

Die Gesellschaft verändert sich extrem: Neue Technologien, eine alternde Bevölkerung und der Klimawandel zählen zu den Megatrends, die die öffentlichen Verwaltungen am meisten beschäftigen. Bund, Länder und Kommunen stehen vor der Mammutaufgabe, die richtigen Lösungen parat zu haben. Dabei sind sie von der Suche nach Antworten doppelt betroffen. Über alle Verwaltungsebenen hinweg sind Behörden dabei, ihren eigenen Verwaltungsapparat technologisch zu modernisieren, sich auf den Fachkräftemangel und eine zunehmende Metropolisierung vorzubereiten und energieeffizienter zu wirtschaften. Gleichzeitig ist es ihre Aufgabe, Antworten auf die externen Wirkungen von Megatrends auf Bürger und Unternehmen zu finden.

Ein Megatrend, der große Chancen zur Bewältigung der übrigen Trends eröffnet, ist der Fortschritt auf dem Gebiet der Informationstechnologie. IT-Entwicklungen helfen dabei, Verwaltungsmanagement aus der Ferne zu organisieren und Dienstleistungen über große Entfernungen hinweg zu erbringen. Cloud Computing, Serviceorientierte Architekturen (SOA), Enterprise Information Management (EIM) und Datawarehouse ermöglichen beispielsweise „Heimarbeitern“ von Behörden die Nutzung von Software und Informationen, die bisher nur im Verwaltungsbüro zugänglich waren. Eine zentrale Datenablage und der mobile Zugriff auf Informationen unterstützen die Verwaltung als einen der großen Verbraucher dabei, Energie einzusparen. Mehr Transparenz durch Open-Data-Plattformen wird darüber hinaus dazu beitragen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen am Standort Deutschland voranzutreiben.

In den Bits und Bytes liegen damit große Hoffnungen, wenn es darum geht, gesellschaftlichen Entwicklungen effektiv und effizient zu begegnen. Eine der Herausforderungen wird hierbei sein, technische, rechtliche und organisatorische Hürden bei der Umsetzung neuer Lösungen und Dienstleistungen weiter abzubauen. Um Verwaltungsverfahren komplett zu „entschriftlichen“, kommt das vielfach herrschende Schriftformerfordernis bei vielen Vorgängen auf den Prüfstand. Politik und Verwaltungen stehen hier vor der Aufgabe, aktuelle Regelungen zu überdenken und bei Bedarf den Zwang zu einem schriftlichen Antrag oder Bescheid zu lockern. Das neue E-Government-Gesetz des Bundes wird diesem Prozess mehr Schub verleihen, damit elektronische ID und De-Mail bei einem Großteil der Verwaltungsverfahren der Schriftform gleichgestellt werden können.